

Positionen der Linkspartei.PDS, meine Positionen und Vorschläge

Das Ziel eines Studiums ist nicht primär die Abschlussurkunde, welche man in den Händen hält. Ziel ist vielmehr die Aneignung von Wissen und Fertigkeiten in einem bestimmten Fachbereich sowie die generelle Befähigung zum Lernen, wissenschaftlichen Arbeiten und kritischen Denken.

Wie nah man an dieses Ziel herankommt, hängt maßgeblich von der Qualität des Studiums ab. Wenn die Hochschule ein Lernort sein soll, dann müssen die Bedingungen dafür stimmen. Für uns heißt das unter anderem:

- eine angemessene Größe von Seminaren
- keine Beschränkung von Veranstaltungen
- zumutbare Ausstattung und Beschaffenheit der Räume
- intensive Betreuung durch Lehrende
- bedarfsgerechte Ausstattung der Bibliotheken

Neben diesen „harten Faktoren“ gibt es auch „weiche“ Bestandteile von Bildungsqualität. Dazu gehört die pädagogisch-didaktische Ausbildung des Lehrpersonals, die Evaluation von Lehre und Studium, aber auch das Umfeld der Hochschule. Unserer Meinung nach sind längere Öffnungszeiten von Mensen, Bibliotheken, Rechenzentren ebenso Teil eines Uni-Campus wie Einrichtungen zur Kinderbetreuung.

Entgegen der Voraussage der Landesregierung ist ein wesentlicher Rückgang der Studierendenzahlen in den nächsten zehn Jahren nicht zu erwarten. Um dem (gewollten) Ansturm Herr zu werden und die Überlastung der Hochschulen zu verringern, ist eine Aufstockung der Studienplätze nötig. Brandenburg braucht zukünftig Fachkräfte und Akademiker mit einer qualitativ hohen Ausbildung. Dafür müssen jetzt die Weichen gestellt werden.

Der Hintergrund meiner Fragen nach der Studienqualität in Brandenburg

Brandenburg gibt im Vergleich zu den anderen Bundesländern in mehreren Kategorien am wenigsten Geld für Hochschulen aus - pro Einwohner, pro Studierenden, Anteil am Haushalt, Anteil am Bruttosozialprodukt. Selbst wenn man berücksichtigt, dass es in Brandenburg kein teures Medizin-Studium gibt, ist die finanzielle Situation der Hochschulen dramatisch.

Das schlägt sich natürlich auf die Qualität des Studiums nieder. Denn letztendlich ist für viele Faktoren von qualitativ hochwertiger Lehre - Personal, Raumsituation, Labore, Bibliotheken - das Geld eine ausschlaggebende Voraussetzung.

In Brandenburg waren zum Wintersemester 2005/06 knapp 41.000 Studierende eingeschrieben. Diese müssen sich auf rund 27.000 personalbezogene Studienplätze oder auf rund 21.000 flächenbezogene Studienplätze aufteilen. Seminare sind oft überfüllt, die Betreuungsrelation Lehrende - Lernende ist teilweise katastrophal, die Bibliotheken können kaum die aktuellen Zeitschriften bestellen, geschweige denn die notwendigen Bücher kaufen. Seit den Globalhaushalten wird der „schwarze Peter“ den Hochschulen zugeschoben. Diese müssten die Qualität der Lehre sichern. Das erinnert an Baron Münchhausen, der sich selbst am eigenen Zopf aus dem Sumpf zog.

Per Exemplum erscheint als Flugblattreihe des MdL Peer Jürgens (V.i.S.d.P.), Fraktion der Linkspartei.PDS, Am Havelblick 8, 14473 Potsdam, 0331 9661556, Fax: 0331 9661505, peer.juergens@lt-dielinke-fraktion.brandenburg.de, www.peer-juergens.de
Redaktionsschluss: 1. Februar 2006
Für dieses Flugblatt wurden die Drucksachen DS 4/2184, DS 4/2091, DS 4/1422, PIPr 4/22 (MA 486) verwendet.

Peer

Exemplum 01

Studienqualität

Es gibt gute Gründe, Regierungshandeln zu hinterfragen. Im Landtag haben Abgeordnete das Recht, Fragen an die Landesregierung zu stellen. Die Regierung hat die Pflicht, diese nach bestem Wissen zu beantworten. So steht es in der Brandenburger Verfassung.

In dieser Reihe können Sie ausgewählte Fragen, die ich gestellt habe, und die entsprechenden Antworten nachlesen - per exemplum.

Wer ich bin? Mein Name ist Peer Jürgens, Student an der Uni Potsdam und Landtagsabgeordneter (Linkspartei.PDS). Mein Gebiet ist die Hochschul- und Wissenschaftspolitik.

ICH ZITIERE IM FOLGENDEN FRAGEN, DIE ICH GESTELLT HABE, UND DIE ANTWORTEN DER LANDESREGIERUNG. DIE VOLLSTÄNDIGEN FRAGEN UND ANTWORTEN SIND MIT HILFE DER DRUCKSACHENUMMER (SIEHE IMPRESSUM) IM INTERNETANGEBOT DER LINKSPARTEI.PDS-FRAKTION ZU RECHERCHIEREN.

Gibt es bezüglich der Betreuungsrelation eine Zielsetzung der Landesregierung bzw. eine Empfehlung seitens des Bundes, der KMK, der HRK, des Wissenschaftsrates oder einer ähnlichen Institution? Wenn ja, wie genau sehen diese aus?

Die Landesregierung strebt in Übereinstimmung mit allgemeinen Empfehlungen des Wissenschaftsrats günstige Betreuungsrelationen an. Überschreitet die Studiennachfrage die vorhandene Studienplatzkapazität sind nach § 27 (1) BbgHG Zulassungsbeschränkungen zu erlassen. Unter Höchstlastbedingungen können daher keine günstigeren Betreuungsrelationen erreicht werden. *Sollte Brandenburg die Relationen in bestimmten Bereichen nicht erfüllen, welche Maßnahmen hat die Landesregierung bisher unternommen, um dies zu beheben?*

Da es keine konkreten Empfehlungen für Betreuungsrelationen gibt, kann die Frage so nicht beantwortet werden.

Welche Folgen hat nach Einschätzung der Landesregierung eine dauerhafte Überschreitung einer empfohlenen oder als günstig erachteten Betreuungsrelation?

Hierzu ist festzustellen, dass Betreuungsrelationen unter dauerhafter Höchstlast weder für die Studierenden noch für die Lehrenden optimale Ausbildungsbedingungen darstellen.

Welche Kenntnisse hat die Landesregierung über Beschränkung von Lehrveranstaltungen?

Beschränkungen von Lehrveranstaltungen an der BTU Cottbus, der Hochschule für Film und Fernsehen, der FH Brandenburg, der FH Eberswalde, der FH Lausitz, der FH Potsdam und der TFH Wildau sind der Landesregierung nicht bekannt.

An der Europa-Universität Viadrina sowie an der Universität Potsdam stehen den Studierenden bei Überbuchung von Veranstaltungen in der Regel ebenfalls Auswahlveranstaltungen zur Verfügung bzw. werden Parallelveranstaltungen angeboten. Soweit dies nicht gegeben ist,

erhalten die Studierenden nach Kenntnis der Landesregierung die Möglichkeit, an der Lehrveranstaltung bei der nächsten Durchführung teilzunehmen.

Wie schätzt die Landesregierung die Situation der Anmeldung und Beschränkung von Lehrveranstaltungen auch hinsichtlich von Vorkommnissen wie Zusammenbruch eines Universitätsservers oder Wartezeiten vor den Anmeldebüros von über 6 Stunden ein?

Die Landesregierung geht davon aus, dass die Hochschulen eventuell auftretenden Problemen eigenständig und flexibel entgegenwirken.

Wie schlägt sich die Beschränkung von Lehrveranstaltungen aus Sicht der Landesregierung auf die Studiendauer und die Anzahl der Studierenden in der Regelstudienzeit nieder?

Daten, auf Grund derer sich Wirkungszusammenhänge zwischen Beschränkung von Lehrveranstaltungen und Studiendauer ableiten ließen, liegen der Landesregierung nicht vor.

Wie reagieren nach Kenntnis der Landesregierung die einzelnen Hochschulen auf erhebliche Überbuchungen von Lehrveranstaltungen?

Die Hochschulen bemühen sich darum, für die Pflichtveranstaltungen genügend Plätze zur Verfügung zu stellen. Etwaige Teilnehmerbeschränkungen werden soweit möglich durch Parallelveranstaltungen (bspw. durch Teilung des Kurses) und/oder zusätzliche Veranstaltungen ausgeglichen bzw. die Studierenden erhalten über einen Eintrag auf der Warteliste die Möglichkeit, an der Veranstaltung in der nächsten Durchführung teilzunehmen. Ein insgesamt ausreichendes Lehrangebot ist gesichert. Allerdings bedeutet das nicht, dass jeder Studierende das gewünschte Wahlpflichtpraktikum oder -seminar besuchen kann.

Welche weiteren Beschränkungen von Veranstaltungen (z.B. Sport- oder Sprachkurse) sind der Landesregierung bekannt (bitte nach Hochschule und Veranstaltung aufschlüsseln)?

Nach Kenntnis der Landesregierung bestehen Beschränkungen zur Teilnahme an Sprachkursen an der Europa-Universität, an der FH Eberswalde sowie an der Universität Potsdam. Dies betrifft auch die FH Potsdam, da das

Angebot des Sprachenzentrums der Universität Potsdam auch deren Studierenden offen steht.

Gibt es nach Kenntnis der Landesregierung Fälle, in denen aufgrund der Studienstruktur und des Studienverlaufs ein Studium innerhalb der Regelstudienzeit unmöglich ist?

Nein.

Mit welchen Maßnahmen will die Landesregierung die Überlast-Situation an der Universität Potsdam und anderen betroffenen Hochschulen abmildern?

Dass aufgrund der hohen Studierendenzahl insbesondere zu Beginn dieses Wintersemesters die Raumsituation an der Universität Potsdam als der am besten nachgefragten Universität des Landes angespannt ist, ist mir bekannt. Erfahrungsgemäß entspannt sich die Situation im Laufe des Semesters. Die Universität verfügt an ihren drei Standorten derzeit über mehr als 100 000 m² Hauptnutzfläche, davon sind mehr als 22 000 m² Hörsaal- bzw. Seminarräume. Das entspricht etwa 5 700 Hörsaalplätzen und fast 8 000 Seminar- und Übungsplätzen. Unabhängig davon ist jedoch nicht auszuschließen, dass bei einer fächer- bzw. standortkonkreten Betrachtung strukturelle Defizite festgestellt werden. Ich halte es aber grundsätzlich an allen Wochentagen und über den gesamten Tag (das heißt von 8 bis 20 Uhr) für zumutbar - und erwarte dies auch -, dass Hörsäle und Seminarräume voll für Lehrveranstaltungen genutzt werden. Durch die flächendeckende Einführung von örtlichen Zulassungsbeschränkungen an der Universität Potsdam ist gewährleistet, dass die Universität nicht mehr Studierende zulässt, als sie von ihrer Kapazität her verkraften kann. Auch durch Zulassungsbeschränkungen kann allerdings nicht verhindert werden, dass Studierende Veranstaltungen mehrmals besuchen oder solche Veranstaltungen belegen, die nach der für sie geltenden Studien- und Prüfungsordnung nicht vorgesehen sind. Ebenfalls nicht berücksichtigt werden kann in den Kapazitätsberechnungen die Anzahl der Studierenden, die ihren Abschluss nicht in der Regelstudienzeit schaffen.

Es liegt in der Eigenverantwortung der Hochschule, innerhalb des ihr zugewiesenen Budgets durch organisatorische Maßnahmen sicherzustellen.